Begünstigung durch Bezahlung einer gegen einen andern erkannten Geldstrafe.

Von Rechtsanwalt Dr. Th. Friedmann in Berlin.

In Nr. 22 der Deutschen Juristen-Zeitung veröffentlicht Herr Professor Dr. Lammach, Wien, unter der Überschrift: „Begünstigung durch Bezahlung einer gegen einen andern erkannten Geldstrafe“ eine Besprechung des in derselben Nummer mitgeteilten Urteils des 4. Straßenats des Reichsgerichts vom 21. September v. Js.

Der Verfasser, der diese Entscheidung im Gegensatz zu der herrschenden Meinung vollkommen billigt, findet die Gründe für die Unrichtigkeit der letztern in der Beurteilung, die nach seiner Ansicht drei von ihm für wesentlich erachtete Fragen erfahren müssen. Diese Fragen beziehen sich: erstens auf den Zweck der gegen die Begünstigung aufgestellten Strafandrohung, zweitens auf die Interpretation des gesetzlichen Ausdrucks „um ihn der Bestrafung zu entziehen“, drittens auf das Wesen der Geldstrafe.

Die Ansicht des Verfassers unterliegt ihrerseits aber wieder nach drei Richtungen hin der Kritik. Es fragt sich nämlich: erstens, ob alle drei aufgeworfenen Fragen wesentlich, zweitens, ob nur diese drei Fragen wesentlich, und drittens, ob sie von dem Verfasser richtig beantwortet sind.

In ersterer Beziehung kann zunächst die Frage nach dem Zwecke der Strafandrohung des § 257 St.G.B. nur dann für wesentlich erachtet werden, wenn eine zur Erreichung dieses Zweckes geeignete Strafandrohung Gesetz geworden ist, d. h. wenn Zweck und Inhalt der Strafandrohung sich decken.

Woher entnimmt nun der Verfasser die Begriffsbestimmung für den Zweck der Strafandrohung gegen die Begünstigung? Er ent-

nimmt sie nicht etwa aus der Aufgabe des Staates, die innerhalb seines Gebietes begangenen Delikte zu ahnden; sonst müßte er auch die Begünstigung des einer Übertretung Schuldigen in diesen Zweck mit einbegreifen oder die Ausnahme begründen. Er folgert vielmehr den Zweck der Strafdrohung gegen Begünstigung lediglich aus ihrem Inhalte, indem er einen Teil ihres Wortlautes wiederholt. Daraus ergibt sich aber, daß für den Verfasser nicht der Zweck, sondern der Inhalt der Strafdrohung, nicht, was der Gesetzgeber mit ihr bezweckt, sondern, was er durch sie zum Ausdruck gebracht hat, wesentlich ist. Die scheinbare Frage nach dem Zwecke ist in Wahrheit eine Frage nach der Bedeutung des Inhaltes der Strafdrohung.

Diese Verwechslung rächt sich aber, wie späterhin gezeigt werden soll, in doppelter Beziehung:

Indem der Verfasser als Zweck der Strafdrohung ausgibt, was nur ein Teil ihres Inhaltes ist, kommt er dazu, den übrigen Teil der Strafdrohung einer Prüfung überhaupt nicht zu unterziehen. Andererseits passiert es ihm, daß er der sich an seine Begriffsbestimmung des Zweckes der Strafdrohung anschließenden Besprechung einen Zweck der Strafdrohung unterlegt, der nicht seiner Definition gemäß ausschließlich aus dem Wortlaute des Gesetzes entnommen ist, sondern weit darüber hinausgeht.

Daß die beiden andern von dem Verfasser aufgeworfenen Fragen wesentlich sind, ist selbstverständlich. Es folgt dies schon daraus, daß die Worte „um ihn der Strafe zu entziehen“, eben der gesetzliche Ausdruck sind, also ein Begriffsmerkmal der Begünstigung wiedergeben, und daß ferner die Geldstrafe, wie der Verfasser mit Recht ausführt, eine wirkliche Strafe ist.

Hingegen wird man die selbst richtige Beantwortung dieser drei Fragen nicht für ausreichend erachten können, um für die angestellte Untersuchung ein richtiges Resultat zu gewinnen, es sei denn, daß man statt der ersten Frage nach dem Zwecke die Frage nach dem Inhalte der Strafdrohung stellt. Dann freilich würde die richtige Beantwortung dieser einen Frage die Antwort nicht nur auch auf die beiden andern von dem Verfasser aufgeworfenen, sondern überhaupt auf alle etwa noch aufzustellenden Fragen enthalten. Dann würde man aber andrerseits auch, um zu einer richtigen Beantwortung dieser einzigen Frage zu gelangen, die sämtlichen Kriterien des § 257 einer Prüfung unterziehen müssen, was eben

von dem Verfasser unterlassen worden ist. Zum mindesten hätte aber, wenn auch die Untersuchung völlig zweifelsofener Begriffe unterbleiben konnte, die Bedeutung des „Beistandsleistens“ und sein Verhältnis zu dem gesetzlichen Ausdruck „um ihn der Bestrafung zu entziehen“ klargestellt werden müssen.

Welche Bedeutung gerade diese Begriffsmerkmale für die streitige Frage haben, soll im Anschlusse an die Kritik der von dem Verfasser gegebenen Beantwortung der drei von ihm aufgestellten Fragen dargelegt werden.

Daß zunächst die Frage nach dem Zwecke der Strafdrohung nicht richtig beantwortet worden ist, ergibt sich schon daraus, daß die lediglich aus dem Inhalte der Strafdrohung gewonnene Antwort eben nur einen Teil der letztern erschöpft. Der Zweck der Strafdrohung, um diesen Ausdruck im Sinne des Verfassers zu gebrauchen, ist es nicht, „zu verhindern, daß der eines Verbrechens oder Vergehens Schuldige der strafgerichtlichen Verfolgung und der Vollstreckung der über ihn verhängten Strafe entzogen werde“, sondern zu verhindern, daß ein anderer dem Schuldigen zu dem angegebenen Zwecke Beistand leiste. Der von dem Verfasser angegebene Zweck der Strafdrohung würde eine solche auch gegen den des Verbrechens oder Vergehens Schuldigen selbst, der sich der Verurteilung oder Vollstreckung zu entziehen beabsichtigt, erfordern.

Die Beistandsleistung, die demnach ein wesentliches Begriffsmerkmal der Strafdrohung ist, kann nun aber —, natürlich immer, um den Schuldigen „der Bestrafung zu entziehen —, in doppelter Weise erfolgen. Sie kann entweder in einer Handlung bestehen, welche die durch die gleiche Absicht geleitete strafflose Handlung des Thäters unterstützt, oder aber in einer Handlung, welche zwar im Interesse des Thäters, aber unabhängig von seiner Absicht und seinem Handeln, selbständig von dem Begünstiger vorgenommen wird. Als Beistandsleistung muß jede Handlung gelten, welche nach der Meinung des Begünstigers geeignet ist, dem Thäter oder Teilnehmer des begangenen Verbrechens oder Vergehens dabei zu helfen, oder ihm, — eventuell ohne sein Wissen, ja sogar gegen seinen Willen, — dazu zu verhelfen, daß er wegen der von ihm verübten Straftat nicht verurteilt, oder daß die erkannte Strafe nicht gegen ihn vollstreckt wird. Eine Handlung hingegen, die, wenn auch objektiv, doch nach Ansicht des Begünstigers hierzu nicht geeignet ist, kann als eine Beistandsleistung im Sinne des § 257 a. D. nicht

aufgefaßt werden, weil er sie nicht „um“ d. h. zu dem Zwecke, den Schuldigen der Bestrafung zu entziehen, vorgenommen haben kann.

Hieraus folgt aber, daß — die Unrichtigkeit der herrschenden Ansicht vorausgesetzt — jemand, der einem andern denjenigen Geldbetrag schenkt, zu dessen Zahlung dieser wegen eines Vergehens verurteilt worden ist, sich bewußt sein muß, daß er durch diese Schenkung den Verurteilten der Bestrafung entzieht. Daß auch in dem besprochenen Reichsgerichtsurteil aufgestellte Erfordernis, daß der Begünstiger die Vereitelung der Strafe beabsichtigt haben muß, darf also nicht dahin aufgefaßt werden, daß er dasjenige beabsichtigt haben müsse, was nach richtiger Rechtsauffassung als ein „der Bestrafung entziehen“ zu betrachten ist; vielmehr ist für dieses Thatbestandsmerkmal allein die Rechtsauffassung des Begünstigers, sein Bewußtsein von der Normwidrigkeit des von ihm verfolgten Zweckes entscheidend. Wenn auch im allgemeinen Unkenntnis des Strafgesetzes nicht entschuldigt, so kann doch dieser Satz hier nicht Anwendung finden, weil derjenige nicht „die Vereitelung der Bestrafung zum bewußten und gewollten Ziele seines Handelns macht“ (R. G. Bd. 23 S. 106 der Entscheidungen in Strafsachen), der den von ihm bezweckten Erfolg, wenn auch rechtsirrtümlich, nicht für eine Vereitelung der Bestrafung hält.

Es bedarf keiner Erwähnung, daß der Verfasser nicht etwa dieser Auffassung Ausdruck geben will, wenn er am Schlusse seiner Besprechung hervorhebt, daß nicht jede Geldzuwendung, sondern nur die in „Begünstigungsabsicht“ erfolgte strafbar sei.

Wichtiger jedoch noch, als diese Außersichtlassung des subjektiven Momentes, erscheint es, daß der Verfasser dem Begriffe „Bestrafung“ eine Deutung gegeben hat, für die der Wortlaut des Gesetzes gar keinen Anhalt bietet. „Nach dem klaren Ausdrucke des Gesetzes,“ sagt allerdings der Verfasser, „ist die Absicht des Begünstigers darauf gerichtet, den Begünstigten nicht der (objektiven) Strafe, sondern der (subjektiven) Bestrafung, d. h. dem Erdulden des Strafübels zu entziehen“. Durch diese Gegenüberstellung von Strafe und Bestrafung wird dem letztern Ausdrucke eine Bedeutung beigelegt, die er, wenigstens in dem Zusammenhange der Gesetzesworte, nicht hat. Der Ausdruck „Bestrafung“ ist vielmehr, wie kaum jemals bezweifelt worden ist, von dem Gesetzgeber gewählt, weil er die beiden Begriffe der Verhängung der Strafe (der Ver-

urteilung) und der Vollstreckung der Strafe zugleich umfaßt. In keiner Weise spricht also der klare Ausdruck des Gesetzes dafür, daß, wie der Verfasser fortfährt, nicht Verhinderung des äußern Vorganges des Strafvollzuges, sondern Verhinderung des subjektiven Empfindens des Strafübels durch den Verurteilten das Wesen der Begünstigung ist.

So wenig wie aus dem Wortlaute des Gesetzes kann eine derartige Folgerung aus dem Zwecke des Gesetzes gezogen werden, wenn er durch bloße Wiedergabe eines Teiles der Strafdrohung definiert wird. Allerdings kann man — und darauf sollte oben bereits hingedeutet werden — aus der Gesamtheit der Ausführungen des Verfassers entnehmen, daß er den Zweck der Strafdrohung gegen Begünstigung doch wohl weiter auffaßt, als er ihn selbst definiert, und zwar dahin: zu verhindern, daß der Zweck der gegen Verbrechen und Vergehen aufgestellten Strafdrohungen durch den Begünstiger vereitelt werde. Dies würde aber nach Ansicht des Verfassers offenbar schon dann der Fall sein, wenn der Schuldige infolge des ihm von dem Begünstiger geleisteten Beistandes die gegen ihn vollstreckte Strafe nicht mehr als Übel empfindet.

Wenn nun aber wirklich dieser Zweck den Gesetzgeber bei der Strafdrohung des § 257 a. O. geleitet haben sollte, so ist er jedenfalls in dem Gesetze nicht zum Ausdruck gebracht worden. Er konnte es aber auch gar nicht, weil der Gesetzgeber als Strafe überhaupt nur androhen kann, was regelmäßig, nicht aber, was in jedem einzelnen Falle als Übel empfunden wird. Der Arbeitslose, der bei Eintritt der rauhen Jahreszeit eine Fensterscheibe in der ausgesprochenen Absicht zer schlägt, für den Winter im Gefängnisse ein Obdach zu finden, wird es sicher nicht als ein Übel empfinden, wenn eine Gefängnisstrafe von einigen Monaten gegen ihn erkannt und vollstreckt wird. Auch zahlreiche andre Fälle sind denkbar, in denen die Vollstreckung einer Gefängnisstrafe nicht als „Erdulden eines Strafübels“ empfunden wird. Noch häufiger wird dies bei der Zahlung von kleinen Geldstrafen der Fall sein, besonders, wenn solche reichen Leuten auferlegt sind, die manchmal von der zwar aus ihrem Vermögen, aber durch ihre Angestellten erfolgenden Zahlung vielleicht gar keine Kenntnis erhalten. In allen diesen Fällen würde eine Verhinderung der subjektiven Empfindung des Strafübels durch den Verurteilten, in der der Verfasser das Wesen der Begünstigung erblickt, und somit diese selbst nicht möglich sein.

Gerade weil aber der Gesetzgeber sich bewußt sein mußte, daß die Strafvollstreckung nicht ausnahmslos, sondern nur regelmäßig als Übel empfunden wird, konnte er mit der Strafdrohung des § 257 auch nur zu verhindern bezwecken, daß die Vollstreckung der Strafe (ihre Verhängung interessiert hier nicht), nicht aber, daß die Empfindung derselben als Übel durch den Verurteilten seitens des Begünstigers vereitelt werde.

Abgesehen von dem Versuche, aus dem Zwecke der Strafdrohung und der Interpretation des Gesetzesausdruckes „Bestrafung“ seine von der herrschenden abweichende Meinung zu begründen, stützt sich der Verfasser, bevor er auf das Wesen der Geldstrafe als einen Beweis für seine Ansicht zu sprechen kommt, noch auf einige andre Momente. Um ein besonders markantes Beispiel dafür zu erbringen, daß derjenige der Bestrafung entzogen wird, der von der Empfindung der Strafe als eines Übels befreit wird, unterstellt er die Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung als Strafmittel, und bezeichnet die Anästhesierung des zu einer Prügelstrafe Verurteilten als Begünstigung im Sinne des § 257 a. O. Selbst wenn durch Beispiele überhaupt ein Beweis erbracht werden könnte, würde doch gerade das von dem Verfasser herangezogene wenig glücklich gewählt sein. Es läge viel näher, eben dieses Beispiel zur Illustration der entgegengesetzten Ansicht anzuführen, wie doch wohl auch kaum jemand behaupten wird, daß derjenige den zum Tode Verurteilten der Bestrafung entzieht, der ihn vor der Hinrichtung narkotisiert.

Ebenso wenig wird durch den von dem Verfasser erwähnten Parallelismus zwischen sachlicher und persönlicher Begünstigung bewiesen. Wenn es nämlich auch richtig ist, daß, wie bei jener nicht die Sache überhaupt, sondern sie gerade dem Verbrecher erhalten werden soll, so bei dieser nicht die Vereitlung des Strafvollzuges überhaupt, sondern die Vereitlung der Bestrafung des Schuldigen erstrebt wird, so wird hiermit für die Ansicht des Verfassers natürlich noch nichts gewonnen. Dies geschieht vielmehr erst dadurch, daß er den Worten „Bestrafung des Schuldigen“ in Vorwegnahme dessen, was erst bewiesen werden soll, die Worte „die Erduldung des Straf Übels durch seine Person“ als gleichbedeutend hinzufügt.

Wenn der Verfasser demnach auch unter Heranziehung dieser adminikulierenden Momente weder aus dem Zwecke der Strafdrohung noch aus der Interpretation eines einzelnen Begriffsmerkmals

einen stichhaltigen Grund dafür zu erbringen vermag, daß sich der Begünstigung schuldig mache, wer dem zu einer Geldstrafe wegen eines Vergehens Verurteilten Geld zu ihrer Bezahlung schenkt, so kann durch das, was er über das Wesen der Geldstrafe sagt, dieser Beweis natürlich nicht geliefert werden. Diese Anführungen sollen und können selbstverständlich auch nur dazu dienen, die Ansicht zu widerlegen, daß bei der Begünstigung des zu einer Geldstrafe Verurteilten es ausnahmsweise nicht darauf abgesehen sei, die Erbuldung des Strafübels zu verhindern. Wäre nur die von dem Verfasser behauptete Regel erwiesen, so könnte sicherlich die Ausnahme aus der Natur der Geldstrafe, die allerdings eine echte Strafe und nicht nur eine einfache Geldschuld an den Fiskus ist, nicht gefolgert werden.

Es kann sich daher lediglich darum handeln, ob die Vollstreckung der Geldstrafe gegen den Verurteilten, nicht aber ob die Erbuldung eines Übels durch ihn verhindert wird, wenn ihm zur Bezahlung der Strafe von einem andern Geld geschenkt wird. Daß dieses Geld Eigentum des Verurteilten wird und er daher die Strafe aus seinem Vermögen bezahlt, nimmt der Verfasser natürlich auch an; aber er hält dies nicht für ausreichend, weil die Strafe nicht materiell aus dem Vermögen des Schuldigen bestritten, sondern nur der Form nach aus demselben bezahlt wird. Gerade auf diese „nur der Form nach“ aus dem Vermögen des Schuldners erfolgende Zahlung wird man aber, als auf das allein Wesentliche, Wert legen müssen, indem man sich in Wahrheit hiermit nur auf den von dem Reichsgerichte in zahlreichen Fällen zur Geltung gebrachten Standpunkt stellt, daß die Rechtsbegriffe für das Strafrecht nicht anders aufgefaßt werden dürfen, als für das Zivilrecht. Wenn der Verfasser die von der herrschenden Meinung aufgestellte Unterscheidung, ob dem Verurteilten eine Geldsumme zum Zwecke der Strafzahlung von einem andern geschenkt, oder ob die Geldstrafe von letzterm unmittelbar bezahlt wird, als subtil und in ironischem Sinne „elegant“ bezeichnet, wie stellt er sich da zu den zahlreichen Entscheidungen des Reichsgerichts in Strassachen, in denen noch viel subtiler nach Zivilrechtsanschauungen unterschieden wird? Ich erinnere daran, daß man in Anwendung dieser Grundsätze der Hehlerei für schuldig erachtet wird, wenn man einen von zwei Fünzigmarktscheinen in dem Bewußtsein, daß sie gestohlen sind, von dem Diebe annimmt, hingegen für nicht schuldig, wenn man sich

von ihm, der den gestohlenen Hundertmarkschein in zwei Fünzigmarkscheine umgewechselt hat, einen derselben schenken läßt; daß der Bevollmächtigte, der das in Ausführung eines Geschäftes für den Auftraggeber eingenommene Geld für sich verwendet, sich der Unterschlagung schuldig macht, wenn er sich dem Mitkontrahenten als Beauftragten, nicht hingegen, wenn er sich dem Wunsche seines Auftraggebers gemäß als Selbstkontrahenten ausgegeben hat; daß eine Unterschlagung an dem bona fide mit eiguem vermischtem fremden Gelde verneint wird u. dgl. m. Sollte die Anwendung der zivilrechtlichen Grundsätze, wie sie der herrschenden Ansicht gemäß bei der Beurteilung der Zahlung von Geldstrafen an den Schuldigen geschieht, wirklich schwerer zu ertragen sein, als dies bei den eben erwähnten Beispielen der Fall ist?

Ich schließe die allgemeine Besprechung der Frage mit der Bemerkung, daß die Begünstigung, wenn sie überhaupt vorliegt, natürlich dadurch nicht ausgeschlossen wird, daß sich der Begünstigte auf eine sogenannte Anstandspflicht bezieht. Verständlich ist es hingegen nicht, warum der Verfasser, der doch prinzipiell entgegengelegter Ansicht zu sein scheint, andre Personen nicht ebenso wie den Verleger einer periodischen Druckschrift beurteilt. In den gewählten Beispielen handelt es sich allerdings, wie auch der Verfasser hervorhebt, um die ohnehin strafflose Begünstigung von Übertretungen; gerade darum hätte es jedoch gar nicht der Bezugnahme auf die „Anstandspflicht“ bedurft. Eine solche liegt aber genau ebenso vor, wenn man eines der angeführten Beispiele dahin modifiziert, daß der Eigentümer des Wagens seinen Kutscher zu übermäßig schnellem Fahren veranlaßt, dieser infolgedessen einen Menschen überfährt und wegen qualifizierter fahrlässiger Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt wird. Würde in einem solchen Falle die Zahlung der Geldstrafe durch den Eigentümer des Wagens mit Rücksicht auf die sogenannte Anstandspflicht nicht als Begünstigung zu betrachten sein? Nach diesseitiger Ansicht würde es gar nicht auf die Anstandspflicht, sondern lediglich darauf ankommen, ob er die Geldstrafe unmittelbar bezahlt, oder ob er sie seinem Kutscher zum Zwecke der Zahlung schenkt.

Selbstverständlich kann übrigens die Begünstigung nicht nur dadurch begangen werden, daß man die Geldstrafe für den wegen eines Vergehens Verurteilten unmittelbar bezahlt, sondern auch in anderer Weise, z. B. bei Vergehen, die nur mit Geldstrafe bedroht

sind, indem man dem Verurteilten hilft, Vermögensobjekte auf die Seite zu bringen oder zu verheimlichen, so daß die Vollstreckung der erkannten Geldstrafe fruchtlos ausfällt.

Es erübrigen noch einige Worte über den besondern Fall, der dem Verfasser die Veranlassung zur Darlegung seiner Ansichten geboten hat. Nach diesseitiger Auffassung hätte die in erster Instanz getroffene Entscheidung schon allein damit begründet werden können, daß der verurteilte Redakteur die Strafe mit dem ihm, gleichviel ob in Erfüllung eines giltigen oder ungiltigen Vertrages gegebenen, daher in jedem Falle sein Eigentum gewordenen Gelde bezahlt, er der Bestrafung also nicht entzogen wird. Es kann des weitem aber auch der von dem Verfasser gebilligten Ansicht des Reichsgerichts nicht beigetreten werden, „daß durch die von dem Verleger für den Fall der Begehung einer strafbaren Handlung des Redakteurs, also unter einer unerlaubten Bedingung übernommene Verbindlichkeit das Vermögen des Redakteurs objektiv eine Vermehrung nicht erfahren hat.“ Nicht für den Fall der Begehung einer strafbaren Handlung, sondern vielmehr für den Fall der Verurteilung des Redakteurs wegen einer solchen hat sich nach dem vorgetragenen Thatbestande der Verleger zu einer Zahlung verpflichtet. Wenn sich der Redakteur auch noch so vieler strafbarer Handlungen schuldig gemacht, in concreto also Beleidigungen begangen hätte, so wäre dadurch doch die Bedingung nicht eingetreten, so lange etwa ein Strafantrag nicht gestellt, oder rechtzeitig zurückgenommen, oder die Verurteilung des Redakteurs aus irgend einem Grunde, selbst zu Unrecht, nicht erfolgt wäre. Hingegen wäre die Bedingung eingetreten, sofern der Redakteur wegen Beleidigung rechtskräftig zu einer Geldstrafe verurteilt worden, wenn er auch in Wahrheit eine Beleidigung überhaupt nicht begangen hätte.

Hiermit fällt natürlich auch der von dem Verfasser dem Landgerichte gemachte Vorwurf, daß es als Strafe ansieht, wenn der Verbrecher nur dasjenige verliert, was er durch sein Verbrechen gewonnen hat.